

Nun geht es doch voran

FDP stimmt überraschend für Rahmenplanung zum Sanierungsgebiet – WGA und CDU bleiben skeptisch

VON ELINA HOEPKEN

Achim. Am Ende der Ratssitzung am Donnerstagabend blickte man größtenteils in erleichterte Gesichter. Das hing einerseits vermutlich mit dem nun endgültig gefassten Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 65 „Verkehrsentwicklung Achim-Ost“ zusammen (wir berichteten), hatte sicherlich aber auch mit der Entscheidung zum Sanierungsgebiet „Nördliche Innenstadt“ zu tun. Hier war der Ausgang der Debatte vor der Sitzung nämlich noch deutlich ungewisser. Denn im vorberatenden Ausschuss

ANZEIGE

das kamin*studio*.verden

Tel. 04236 943160
www.kaminstudio-verden.de

für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr hatte die von der Verwaltung vorgelegte Rahmenplanung für das Projekt bekanntlich keine Zustimmung bekommen.

CDU, WGA und FDP hatten geschlossen dagegen gestimmt. Sie beklagten sich hauptsächlich darüber, dass die Stadt die Zuschüsse durch die Städtebauförderung von 4,3 Millionen auf 9,2 Millionen Euro erhöhen will. Damit würde jedoch auch der Anteil der Stadt steigen, die ein Drittel davon selbst stemmen muss. Die Verwaltung begründet diese Entscheidung damit, dass bei dem geplanten Bau von 170 Wohneinheiten auch mehr Bedarfe beispielsweise bei der Kinderbetreuung entstehen und mit hohen Folgekosten zu rechnen ist.

Haushalt gibt Erhöhung nicht her

Die Bedenken gegenüber dieser Argumentation waren jedoch – zumindest bei WGA und CDU – auch in der Ratssitzung nicht verschwunden. „Wir werden das Ganze nicht mittragen“, kündigte CDU-Fraktionschefin Isabel Gottschewsky an. „Mir kommt es vor wie Häppchen-Politik. Es muss doch



Die Rahmenplanung für das Sanierungsgebiet „Nördliche Innenstadt“ wurde nun doch mehrheitlich abgesegnet.

FOTO: CHRISTIAN WALTER

über die Größe der im Gebiet geplanten Einzelhandelsflächen an.

Überraschende Töne gab es jedoch von Seiten der FDP. Bisher bildete die Partei gemeinsam mit CDU und WGA immer eine Front. „Eine totale Blockadepolitik macht

der Stadt bedeutet hätte. „Nichtsdestotrotz werden wir jetzt trotzdem nach vorne gucken“, kündigte Baum an.

Werner Meinken (SPD) weigerte sich, die damaligen Planungen für ein Einkaufszentrum als verpasste Chance zu bezeichnen.

Die Statements der einzelnen Parteien deuteten schon an, was sich letztlich auch im Abstimmungsergebnis widerspiegelte. Die Gruppe SPD/Mindermann, die Grünen und die FDP stimmten mit 22 Stimmen geschlossen für die Rahmenplanung, WGA und

schon vorher klar gewesen sein, dass es Folgekosten geben wird." Der Haushalt gebe eine derartige Erhöhung nicht her. In eine ähnliche Richtung argumentierte auch Wolfgang Heckel (WGA). „Die Fördersumme von 4,3 Millionen schien uns damals schon zu hoch“, sagte er. „Als wir das Gebiet angepackt haben, sind wir noch von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen.“ Heckel spielte damit erneut auf den Dauerstreit

keinen Sinn“, sagte Hans-Jakob Baum jedoch am Donnerstagabend. Dass die Partei gerne eine andere Lösung für das Sanierungsgebiet gesehen hätte, sei allen bekannt, „allerdings wollen wir der Verwaltung auch nicht zumuten, dass das Ganze zu einer ‚neverending story‘ wird.“ Man habe damals, als man sich gegen ein großes Einkaufszentrum entschieden habe, eine Chance verpasst, die eine positive Verän-

„Das Projekt war noch gar nicht konkretisiert, daher ist es aus meiner Sicht falsch, es als Chance hochzustilisieren.“ Letztlich stehe aktuell nur die Entscheidung an, die Folgekosten mit in den Fördertopf einzubeziehen. „Im Grunde ist dieser Antrag eigentlich eher haushaltsentlastend“, sagte Meinken. „Denn die Bedürfnisse wie Kitaplätze, die durch einen Wohnungsbau entstehen, können wir nicht einfach ignorieren.“

CDU bei einer Enthaltung mit 14 Stimmen dagegen. „Ich freue mich sehr über dieses Ergebnis“, sagte Bürgermeister Rainer Ditzfeld im Anschluss. Darüber hinaus äußerte er seine Hoffnung, dass nun auch in den Ausschüssen, in denen andere Mehrheitsverhältnisse herrschen, die FDP diese Richtung einschlägt. „Das würde dann auch die Ungewissheit für den Investor bei diesem Projekt reduzieren“, sagte Ditzfeld.